

# Protest gegen „Rentenklaue“

## Kundgebung im Regen vor dem Bundessozialgericht

Kassel – Seit rund acht Jahren kämpft der bundesweite Verein der Direktversicherungsgeschädigten gegen die sogenannte „Doppelverbeitragung“. Der Begriff bezieht sich darauf, dass Betriebsrentner sowohl während ihres Arbeitslebens Krankenkassenbeiträge vom Bruttolohn zahlen müssen als auch später als Bezieher einer Betriebsrente. Es sei eine Diskriminierung von Rentnern, dass diese doppelt Sozialbeitrag zahlen müssen, meint der Verein. Das gelte auch für solche Rentner, für die der Arbeitgeber beispielsweise eine Kapitallebensversicherung als Direktversicherung abgeschlossen habe.

Von den höchsten Gerichten bekam der Verein, der nach eigenen Angaben 3600 Mitglieder hat, bisher keine Unterstützung. Während einer Kundgebung vor dem Bundessozialgericht erneuerten mehr als 100 Mitglieder des Vereins, der am Wochenende seine Delegiertent-



**Vor dem Bundessozialgericht:** Mitglieder und Unterstützer des Vereins der Direktversicherungsgeschädigten protestierten gegen die nachträgliche Belastung ihrer Altersvorsorge mit Krankenkassenbeiträgen.

FOTO: PETER DILLING

gebung in Kassel veranstaltete, im strömenden Regen ihre Forderungen nach Abschaffung der entsprechenden Vorschrift im Betriebsrenten-

gesetz oder zumindest einer spürbaren Abmilderung. Auf Transparenten war von „Rentenklaue“, „Rechtsbeugung“ und einem „Verlustgeschäft“

der Betroffenen die Rede. Die Doppelverbeitragung ist erst Anfang 2004 Gesetz geworden. Nachträglich erleiden dadurch Betriebsrentner, die bereits vor diesem Stichtag Ansprüche erworben hatten, deutliche finanzielle Nachteile. Bundeskanzler Olaf Scholz habe die Abschaffung dieser ungerechten Regelung versprochen, aber die Bundesregierung verzögere die Diskussion, sagte Reiner Korth, Bundesvorsitzender des Vereins, während der Kundgebung.

Er forderte unter anderem eine Gleichstellung mit Beziehern der sogenannten Riester-Rente, die in der Regel keine Krankenkassenbeiträge entrichten müssen. Unterstützung erhielten die Protestler vom rentenpolitischen Sprecher der Fraktion der Linken im Bundestag, Matthias W. Birkwald. Die Finanznot der Krankenkassen müsse aus Steuermitteln bekämpft werden, nicht auf dem Rücken von Betriebsrentnern. pdi